

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.50 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 22.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Sonntag, den 26. Januar 1930.

12. Jahrgang

Hilf, daß ich dich erkenne,
Und mit der Christenheit
Dich meinen König nenne,
Jetzt und in Ewigkeit!

Ewiges Leben.

Das ist das wahre Leben, daß sie dich, der du allein wahrer Gott bist und den du gesandt hast, Jesus Christus, erkennen.
Joh. 17, 3.

Daß wir aus des Vaters Händen ewiges Leben empfangen, das ist Jesu dringendes Gebetsanliegen an den Vater. Das ist der Zweck seines Erscheinens, das Ziel, für das er sein Leben einzusetzen bereit ist. Aus der Ewigkeit sollte der Vater das ewige Leben herabsenken, denn Jesus weiß, damit ist unser tiefstes Verlangen befriedigt, denn nicht auf die Zeit, sondern auf die Ewigkeit kann uns befriedigen, sondern nur Gottes Welt und angelegt. Nicht die irdische Welt und ihre Vergänglichkeit kann uns befriedigen, sondern nur Gottes Welt und ihre Unvergänglichkeit. Wir tragen das Joch des Zeitlichen als eine Last. Was sind denn all' unsere Erlebnisse? schon im nächsten Augenblick haben sie ihre deutlichen scharfen Linien verloren und je länger, um so mehr verblasen sie in unserer Erinnerung. Was sind unsere Gedanken, die doch alle aus dieser vergänglichen Welt stammen? Klein sind sie und eng! Wir brauchen nur zu Gottes Werke, zu den Gestirnen aufzuschauen, in seine Weltregierung uns zu versenken, um die Dürftigkeit unseres Lebensinhalts zu spüren. Und unser Wollen? Wieviel Törichtes und Irztümliches selbst bei den Größten unserer Zeit! Das politische Durcheinander der Völker! Wie ekelhaft das verlogene Spiel der Mächte! Wie theatrale das Gebahren der Menschen, die oft am unsittlichsten denken, wenn sie in hohen sittlichen Tönen reden. Nein, wir sind das zeitliche Leben gründlich satt, wer gibt uns ewiges Leben?

Nur der, der es selbst besitzt, der ewige Vater. Er wirkt in uns, indem er sich selbst zu erkennen gibt. „Dich erkennen“, sagt Jesus, „das ist ewiges Leben;“ den, in dessen Auftrag sein Leben und Sterben steht, als den einzigen Gott erfassen, alle Kraft des Geistes auf ihn richten als den wahren Gott, der die letzte und höchste Wirklichkeit ist und uns doch leitet, solche Erkenntnis ist ewiges Leben.

Sie ist nur möglich in dem, in dem Gott sich selbst offenbart hat, Jesus Christus. Es ist, als ob uns Jesus mit einem heiligen Eid versicherte und Gott zum Zeugen anriefe, daß er der Christus, der König ist von Gottes Gnaden. Keiner von den zahllosen Welterlösern, die sich selbst dazu gemacht haben, die Menschen dazu salbten, ist er, sondern von Gott gesandt und eingeseht.

Freilich wird der Christustitel getragen von einem armen Mann, verachtet und gezeichnet von seinem Volk auf dem Wege zum Kreuz, behaftet mit aller Kümmerlichkeit menschlicher Ohnmacht, mit einem gebrechlichen Leib, ein Spielzeug ist er in den Händen seiner Feinde, aber er ist der Reine, Unbefleckte, stets Gehorsame, dessen Leben lückenloses Glauben ohne Gewissensbedenken, ohne inneres Schwanken ist. Denn er ist verbunden mit dem Vater, weil entsprossen aus der Ewigkeit. Wer diesen Jesus als den Christus Gottes erkannt hat, der hat eine ewige Lebenserkenntnis gewonnen. Der ist in der Erkenntnis Christi mit Gott verbunden; er lebt in einer andern Welt und eine andere Welt lebt in ihm. Aus ihr strömen ihm neue Gedanken und Antriebe zu, die nicht aus der Welt stammen, sondern vom Himmel her kommen. Dieses Menschen Seele ist schon hier unten verbunden mit Gott in Christus; sie erlebt die Wirklichkeit Gottes und hat ewiges Leben.

Was vorgeht.

Der Bericht über die Sitzung des Reichskabinetts stellt fest, daß nach Anhörung der Minister Dr. Curtius, Dr. Wirth, und Dr. Moldenhauer, die über die Haager Konferenz berichteten, im Reichskabinetts völlige Ueberzeugung in der Anerkennung der Tätigkeit der deutschen Delegierten herrschte. Die entsprachen

den Gesetzesvorlagen sollen rechtzeitig dem Reichsrat zugeleitet werden, damit die Beratungen in nächster Woche beginnen können.

Wenn dort an der Stelle, wo die Leute sind, die die Verantwortung für die Entscheidungen und Beschlüsse über die deutsche Politik zu tragen haben, solche Einmütigkeit herrscht, sollte es nicht nötig sein, an dieser Politik Kritik zu üben. Zumal die Frage, ob das, was im Haag beschlossen und unterschrieben worden ist und nun in Deutschland Gesetz werden soll, wirtschaftlich tragbar ist, müßte von einer Regierung, die so zusammengekehrt ist wie die deutsche Regierung, in vollkommenster Weise entschieden worden sein. Diese Regierungskoalition setzt sich doch aus Gruppen zusammen, die sich, soweit es sich um Wirtschaftspolitik handelt oder vielmehr um das Wirtschaftssystem, immer im schärfsten Kampfe gegenüber gestanden haben. Auf der einen Seite die stärkste Gruppe, die glaubt, durch Verstaatlichung aller Produktionsmittel, durch Abschaffung des Privateigentums die erfolgreichste und gesündeste Wirtschaftsform schaffen zu können und auf der anderen Seite die Vertreter von Richtungen, die bis zum äußersten die Sozialisierung ablehnen und mit allen Mitteln den Privatbesitz zu erhalten und zu verteidigen suchen werden.

Wo nun die Haager Beschlüsse Deutschland Verpflichtungen auferlegen, die vorwiegend wirtschaftliche Interessen berühren, es also nicht gleichgültig ist, unter welcher Form der Wirtschaft die Erfüllung der zu übernehmenden Verpflichtungen durchgeführt werden soll, muß doch schon einmal die Frage auftauchen, wie man sich die Einheitigkeit dieser Regierungskoalition überhaupt erklären soll. Eine Antwort wird wahrscheinlich niemand geben können. Annehmen darf man aber, daß jede der Gruppen vorläufig noch die größere Sicherheit darin sieht, durch Aufrechterhaltung der Koalition die eigenen Interessen am besten zu wahren. Wir nehmen an, daß solche Abmachungen wie der Youngplan am Ende doch das ganze deutsche Volk, Arbeiter und Unternehmer, Sozialisten und Privatwirtschaftler zu einer geschlossenen Abwehrfront zusammenführen müssen, wenn Zustände vermieden werden sollen, wie sie der russische Bolschewismus über Rußland gebracht hat und wie er sie gern über die ganze Welt bringen möchte. Wenn daher die jetzige Regierungskoalition auch noch zweifelhaftes Ursachen und unsichere Aussichten und Ziele hat, so ist doch vielleicht zu hoffen, daß die langjährige Fühlungsnahme doch noch den Zweck gehabt haben könnte, für die Zeit allergrößter Not und schwerster Entscheidungen die Grundlage zu einer Einheitsfront zu schaffen, die nur allein den völligen Zusammenbruch und unerträglichen äußeren Zwang abwehren kann.

Gegenwärtig soll aber die Koalition noch den Zweck haben, auch im Reichstage eine Mehrheit zu schaffen, die den Youngplan annimmt und Gesetze, welche zu seiner Durchführung nötig sind. Betrachtet man die Umstände, unter denen die Weitererfüllung des Dawesplanes abgebrochen wurde (das Schwinden der Auslandskredite, die Passivität unseres Außenhandels), dazu die finanzpolitischen Schwierigkeiten des deutschen Staatshaushaltes selbst, so ist es nicht recht zu verstehen, wie sich die Vertreter Deutschlands, die doch in politischen und in Wirtschaftsfragen sachkundig sind, die Konferenzteilnehmer der Alliierten im Haag in dem Glauben lassen konnten, Deutschland werde den Youngplan erfüllen. Glaubt denn einer von den deutschen Ministern, die Welt würde in nächster Zukunft Deutschland die Ware abnehmen, durch deren Verkauf ins Ausland nur das Gold zu beschaffen ist, das nun die neue Weltbank zur Verteilung an die Gläubiger braucht? Wie ängstlich wehren sich England und Amerika und Frankreich gegen den Import deutscher Ware, die in den eigenen Ländern hergestellt werden kann und hergestellt werden muß, wenn nicht die eigenen Industrien stillliegen sollen. Die einzige Möglichkeit läge nur da, daß die jetzt in London tagende Flottenkonferenz statt der Abrüstung eine gewaltige Aufrüstung beschließt oder sich gar so in die Haare führe, daß die Rationen gleich los gingen und Deutschland zum Waffenlieferant würde für alle. Aber das wollen doch die Leute nicht, die erst im Haag wieder davon geredet haben, daß die Interessen der Gesamtheit der Staaten gleichbedeutend seien. Beschließt man aber in London die Abrüstung, bedeutet das eine Verschlechterung der Aussichten für die Erfüllung des Youngplans und eine erneute Gefährdung der deutschen Währung.

Es ist überhaupt nötig, noch einmal auf den Schlußakt der Haager Konferenz zurückzukommen. Der englische Schatzkanzler Snowden, ein Sozialist, sagte in seiner Schlussrede folgendes:

„Die jetzt getroffenen Abkommen seien zwar ein Kompromiß, jedoch ein ehrenvolles und für jede Macht an-

nehmbares Kompromiß. Besonders erfreulich sei die Regelung des schwierigen Problems der Reparationen, die vorher eine der schwierigsten und gefährlichsten Fragen gewesen seien. Besondere Anerkennung finde die Haltung der deutschen Delegation auf der Konferenz. Sie habe mit Mut und großem Entgegenkommen die Interessen ihres Vaterlandes verteidigt und könne verlangen, die volle Anerkennung ihrer eigenen Staatsangehörigen dafür zu finden.“ Snowden gedachte sodann der Teilnahme Dr. Stresemanns auf der ersten Haager Konferenz und hob hervor, daß die Ergebnisse der zweiten Haager Konferenz wie ein Kranz auf dem Grabe Dr. Stresemanns liegen. Jetzt endlich habe man begriffen, daß die Interessen der Gesamtheit der Staaten gleichbedeutend seien und daß das Wohlergehen aller Staaten von dem Wohlergehen des Einzelstaates abhängen.

Die Ausführungen des englischen Schatzkanzlers wurden mit langanhaltendem stürmischem Beifall aufgenommen.

Snowden und seine Zuhörer im Haag mögen davon überzeugt sein, daß auch Deutschland nun zu den Staaten gehört, deren Interessen gleich sind. Solange aber das Versailles Diktat besteht, das die Quelle ist all der weiteren Verträge, um die auf den bald unzähligen Konferenzen gestritten wird, ohne daß es gelingt, einen befriedigenden Zustand zu schaffen, wird es wenige Deutsche geben, die anerkennen werden, daß man im Ernste gewillt ist, Deutschland die Gleichberechtigung zuzugestehen. Oder kann man die Behandlung der Kriegsschuldfrage Gleichberechtigung nennen? Räte hat der Krieg auch für die anderen Länder hinterlassen. Für England mögen tatsächlich auch wirtschaftliche Räte bestehen und die dauernd bestehende Arbeitslosigkeit mag den Ministern Sorge genug bereiten. Aber die Tatsache, daß durch die Inflation fast alles Privatvermögen in Deutschland verloren gegangen ist und deshalb die bisher geleisteten Zahlungen der Kriegsschuld nur durch im Ausland geliehenes Geld erfolgen konnten, wird bei den Verhandlungen zu wenig berücksichtigt. Wenn sogar englische oder ausländische Minister von der Erstarbung Deutschlands reden und von zunehmendem Wohlstande, so vergessen sie, daß immer mehr Sachwerte, also immer mehr sichtbarer Reichtum in die Hand von Ausländern geht. Die Beharrlichkeit, mit der doch eigentlich vom ganzen Deutschland der Standpunkt vertreten wird, daß auch die Lasten des Youngplans untragbar seien, hat eben ihre Ursache darin, daß bei jedem, mag die Steuer von ihm als Grundsteuer, als Umsatz- oder Gewerbesteuer oder als Lohn- oder Einkommensteuer gefordert werden, die Ueberzeugung besteht, daß sein Wohlstand nicht größer wird, sondern daß er immer mehr sinkt. Davon zeugen die Zusammenbrüche auf vielen Gebieten des deutschen Wirtschaftslebens. Von den etwa 24 Mill. Lohn- und Gehaltsempfängern soll fast die Hälfte ein Einkommen von unter 1200 Mark im Jahre haben, die andere Hälfte ein Durchschnittseinkommen von 2000 Mark. Ueberlegt man, welche Summen für die Verrichtung der Staats- und Tributlasten nötig sind, wird es deutlich, welche Verpflichtungen dem Sachwertbesitz auferlegt werden müssen und die Sorge wird verständlich, die der Privatbesitz allmählich um seine selbständige Existenz hat. Die Sozialisten aber, die stets am wenigsten Bedenken haben, Diktate, Dawes- und Youngpläne zu unterzeichnen und die durch ihre parteipolitische Stärke auch den maßgebendsten Einfluß auf die Steuereinteilung haben, sollten es wohl überlegen, daß bei der gegenwärtigen Entwicklung der Ueberforderung deutschen Besitzes das Verfügungsrecht über Steuern und Existenzmittel auch immer mehr in die Hand derer übergeht, die auf dem Wege des Privatgeschäftes oder auf dem Wege des Aktienverwerbes als Ausländer Herr über das deutsche Eigentum werden. Es ist nicht das erste Mal, daß wir hier die Frage aufwerfen, wie sich die Sozialisten bei dieser Entwicklung die Einführung einer sozialistischen Wirtschaftsform denken? Wir fürchten, sie zerbrechen sich durch ihre Politik auch noch den Sozialstaat, der in heißem Ringen und jahrzehntelangem Kampf im Deutschen Reich entstanden war.

Oder ist es denkbar, daß durch eine Politik, wie sie in einzelnen Städten und Gemeinden getrieben wird, wo sozialistische Mehrheiten die Kommunalpolitik bestimmen, eine Gesundung und ein Aufwärtssteigen möglich ist. Wir denken da besonders an Berlin. Welch einen Wust von unfauberen Geschäftspraktiken moderner „Fortgeschrittener“ haben die Untersuchungen aufgedeckt. Konsumenten und Steuerzahler, die mit dem Pfennig rechnen müssen, werden da um viele Millionen betrogen. Und wenn man nun sieht, mit welchen Mitteln die Berliner Kommunal-

politiker den Stadtsäckel wieder zu füllen suchen, bekommt man einen Begriff von den schlaun Praktiken derer, die von der politischen Welle aus der Klasse derer unter 1200 Mk. in die Klasse derer emporgetragen worden sind, die über ihr eigenes Einkommen nunmehr nur noch zu beschließen haben. Es ist schon früher, nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten aufgefallen, daß kommunale Betriebe, wie Gas- und Elektrizitätswerke, Stadtbahnen und andere Unternehmungen, die der Masse der Abnehmer und Verbraucher dienen sollen, eine Preispolitik treiben, die von den Persönlichkeiten, die jetzt zu den städtischen, maßgebenden Instanzen gehören, dem Privatunternehmertum als die fündigste Ausbeutung angerechnet worden wäre. Die Berliner Bevölkerung bekommt es auf recht empfindliche Weise zu fühlen, was es heißt, ganz neuzeitlich modern und großzügig regiert zu werden. Nachdem die Stadt selbst die Tarife ihrer Verkehrsanstalten erhöht hat, folgt nun jetzt auch die Reichsbahndirektion und erhöht die Tarife der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Die Masse der Betroffenen findet sich nach einem kurzen Gluck über die neue Belastung und über Mißwirtschaft sehr bald damit ab, täglich 10, 15 oder 20 Pf. mehr Ausgaben zu haben. Wenige aber denken daran, welches bequeme Mittel die Stadtväter hier in der Hand haben, durch den Massenverkehr die Finanzen kräftig wieder aufzufüllen. Das Ganze aber ist ein Volksbetrug, wie man ihn sich kaum schlimmer vorstellen kann.

Ueber die Flottenkonferenz läßt sich auch jetzt noch nichts ernsthaftes sagen. Sehr ernst scheinen die Veranstalter die Sache selbst nicht zu nehmen. Keiner sagt deutlich, was er eigentlich will. Die Engländer meinen, die geographische Lage der einzelnen Länder müsse berücksichtigt werden, sie stehe vor und über allem, müsse nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Den Deutschen kann es nicht verargt werden, wenn sie sich in Erinnerung an ihre eigene geographische Lage über die Logik der Engländer in bezug auf die Gleichberechtigung und die gleichen Interessen aller Staaten wundern. Was mühten demnach die Deutschen an Aufrüstung der Landstreitkräfte fordern, wenn Gleichberechtigung und geographische Lage berücksichtigt werden sollten. Es ist wirklich gut, daß die Konferenz etwas hinter verschlossenen Türen tagt und der neugierigen Presse die Flügel beschneidet. In der Welt würde es keinen guten Eindruck machen, wenn solche Weisheiten zu stark publiziert würden. Das deutsche Volk soll allenthalben abwartend stehen und sich abfinden mit Beschüssen, die auch sein, des wehrlos gemachten Volkes, Schicksal berühren.

Als in diesen Tagen die neue Papageienkrankheit die ganze Journalistik, Rundfunk und Regierungen in Bewegung setzte, um Erlasse herbeizuführen, die den armen Papageien die Einwanderung nach Deutschland verbieten, da konnte man feststellen, daß doch auch noch Mut zur Gegenwehr vorhanden ist und die Hoffnung haben, daß eine weitere Ausbildung dieser Eigenschaft dahin führen könne, auch noch schlimmeren Feinden des Vaterlandes die Türe zu weisen.

Rohrbach-Werke und Reichsverkehrsministerium.

Fünf Fragen.

Das Reichsverkehrsministerium hat — wie wir bereits gestern mitteilten — die bedauerliche Absicht, den um die deutsche Luftfahrt so außerordentlich verdienstvollen Rohrbachwerken den Lebensfaden abzuschneiden. Ja, selbst die 200 000 Mark, die der Firma aus der Verteilung der sogenannten Umstellungsbeihilfe zustehen, sollen nicht mehr ausgezahlt werden.

Seitens der Rohrbach-Werke werden nun die folgenden fünf Fragen an das Reichsverkehrsministerium gerichtet:

1. Warum nimmt das Reichsverkehrsministerium nicht zu der Frage Stellung, aus welchen Gründen Rohrbach — trotzdem die Schlüssel-Kommission für dieses

Werk einen Betrag von 1,1 Millionen Mark errechnet hatte — nur 300 000 Mark zugesprochen erhielt?

2. Warum sind diese 300 000 Mark bis heute der Firma Rohrbach noch nicht ausbezahlt, trotzdem die gesamte deutsche Luftfahrtindustrie ihren Anteil aus diesem Titel des Nachtrags-Etats bis zum letzten Pfennig bereits am 11. Oktober vorigen Jahres erhalten hat?

3. Warum bringt man Rohrbach durch diese merkwürdige Politik in eine Situation, die ihn zum Konkurs bringen muß, trotzdem die Firma die günstigsten Aussichten auf dem Auslandsmarkt hat?

4. Warum hat das Reichsverkehrsministerium bisher die Anträge Rohrbachs nicht klar und eindeutig beantwortet, sondern eine Verzögerungspolitik betrieben, trotzdem es über die Dringlichkeit der ganzen Angelegenheit vollkommen informiert war?

5. Warum verschlägt man gerade in diesem Augenblick die Firma, wo sie durch die Gründung der „The Metal Flying Boat Corporation“ in New York nicht vor den günstigsten Auslandsgeschäften steht?

Ein großes deutsches Wirtschaftsblatt schreibt hierzu unter anderem:

„Wir zweifeln nicht daran, daß man im RVM die Antwort auf diese Fragen schuldig bleibt.“ Wenn man der Firma Junkers plötzlich alle Reichsbeihilfen sperrt, sie von der Liste der Reichslieferanten ausschließt, ihr immer und immer wieder auf allen Wegen Schwierigkeiten bereitet, so wird sie in absehbarer Zeit genau so vor dem Nichts stehen, wie heute Rohrbach.

Ein kleines Beispiel, wie das RVM mit den Rohrbach-Werken umsprang, sei hier angeführt: Von den 300 000 Mark sind bekanntlich mit Hängen und Würgen nur 100 000 Mark ausgezahlt worden.

Zur Vorbedingung der Auszahlung machte das RVM jedoch eine Generalrevision der Bücher und verschiedener notarieller Akte, deren Kosten sich auf insgesamt 23 000 Mark beliefen. Diese Summe wurde den Werken sofort abgezogen, so daß sie tatsächlich nur 77 000 Mark ausbezahlt erhielten!

Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß zwei Ganzmetall-Flugzeugwerke im Augenblick für Deutschland zu viel sind. Dann darf man aber als verantwortlicher Förderer der Luftfahrt nicht nach Günst oder Parteilich dem einen Werk einfach die Kehle aufschneiden, sondern muß, um die Vermichtung wertvoller Ansätze zu vermeiden, die beiden Werke zur Gemeinschaftsarbeit zu vereinen suchen. Was das RVM mit seiner jetzigen Politik erreichen wird, ist nichts als ein großes Trümmersfeld.

Erstlich verliert das Reich bei dem unvermeidlichen Konkurs die ihm gehörigen 82 Prozent Anteile an den Rohrbach-Werken — die allerdings seinerzeit nur um etwa ein Drittel ihres eigentlichen Wertes erworben worden sind — vollständig. Ferner ist es möglich, daß von französischer Seite wegen der nicht durchführbaren Ausführung des erteilten Auftrages Regress-Ansprüche angemeldet werden, für die das Reich letzten Endes doch in der einen oder anderen Weise aufkommen muß. Endlich ist es nicht ausgeschlossen, daß Dr. Rohrbach selbst aus seiner übermäßig lokalen Zurückhaltung heraustritt und seinerseits Schadenersatzklagen gegen das Reich anstrengt. Die juristischen Grundlagen sind jedenfalls dafür vorhanden, und ein solcher Prozeß kann im Hinblick auf die Amerika-Verträge unter Umständen recht teuer werden. Wir fragen mit Rohrbach: „Warum dieser überflüssige Sprung in unabsehbare Schwierigkeiten?“

Das Schlimmste aber ist, daß man in unserer mit Köpfen wirklich nicht übermäßig gesegneten Zeit einen so tüchtigen Konstrukteur wie Dr. Rohrbach ins Ausland treibt, wo man ihn sicherlich mit offenen Armen aufnehmen wird. Die alte deutsche Uneinigkeit feiert hier wieder Triumphe; es muß zum Schluß einmal gesagt werden: des Spiel hinter den Kulissen, mag der Regisseur sitzen wo er will, ist ein Schandfleck auf dem blauen Wappen der deutschen Luftfahrt.“

*

Dieser Standpunkt wird begreiflicherweise von der Presse der Sozialdemokraten nicht geteilt. Immerhin dürfte man gespannt sein, ob und wie das R.V.M. die fünf Fragen Rohrbachs beantwortet.

Die Rassenlage des Reiches.

Moldenhauer vor dem Haushaltsausschuß. — Fehlbetrag von 273 Millionen Mark für Ende Juni errechnet. — Bedung durch die Krengeranleihe. — Berlin, 25. Januar.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer gab anlässlich der Beratung des Zündholzmonopolgesetzes im Haushaltsausschuß eine Uebersicht über die Rassenlage

des Reiches. Der Minister stellte fest, mit Hilfe des Ueberbrückungskredits in Höhe von 850 Millionen Mark sei es gelungen, den Ultimo Dezember ohne weitere Schwierigkeiten zu überwinden.

Inzwischen sei durch die im Januar fälligen Steuereinzahlungen eine Verbesserung der Rassenlage eingetreten, so daß im Augenblick keine Schwierigkeiten befürchtet werden. Der am 31. Januar zur Rückzahlung fällige Bankkredit von 200 Millionen Mark sei auf etwa sechs bis neun Monate verlängert worden. Für Januar sei mit einem Ueberschuß von 117 Millionen Mark zu rechnen, für Februar mit einem Fehlbetrag in gleicher Höhe, so daß sich diese beiden Monate ausgleichen würden. Für März werde ein weiterer Fehlbetrag von 140 bis 150 Millionen Mark entstehen. Zur Deckung dieses Ende März bestehenden Fehlbetrages würden rund 55 bis 60 Millionen Mark aus der Abrechnung mit dem Generalagenten bzw. mit der Reichsbahn nach Inkrafttreten des Youngplans verfügbar werden, die jetzt infolge der nachträglichen Zahlung des Reichsbahnanteils an der Dawesannuität vom Generalagenten noch zurückbehalten werden. 20 Millionen würden aus dem Verkauf von Effekten flüssig gemacht werden können. Ueber die Deckung des dann noch verbleibenden Fehlbetrages seien erfolgversprechende Verhandlungen eingeleitet worden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Der Minister wies dann auf die Schwierigkeiten der Steuerzahlung und des Bedarfs für die Arbeitslosenversicherung hin. Wenn die Steuerdepression anhalte und die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes sich weiter verschärfe, dann könnten diese beiden Punkte eine Verschlechterung der Rassenlage von 100 bis 120 Millionen Mark herbeiführen. Vor Mitte Februar werde sich das nicht übersehen lassen.

Nach dem für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1930 aufgestellten Rassenplan ergibt sich nach den Mitteilungen des Ministers für das erste Vierteljahr 1930 ein Fehlbetrag von 273 Millionen und für das zweite Vierteljahr ein Ueberschuß von 96 Millionen. Dieser Ueberschuß werde sich durch die erste Rate der Krenger-Anleihe um 195 Millionen und durch die Minderung des Recovery-Alt-Verfahrens um 14 Millionen, also auf insgesamt 305 Millionen erhöhen. Mit diesem Betrag könnte der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres abgedeckt und Kredite in Höhe von rund 40 Millionen zurückgezahlt werden. In den veranschlagten Ausgaben für die Monate April bis September seien monatlich 50 Millionen Mark zur Abdeckung des Ueberbrückungskredits enthalten.

Die Größe der Zündholzindustrie.

Minister Dr. Moldenhauer wies dann darauf, daß diese Rechnungslegung auf der Annahme des Young-Plans beruhe. Sie bewiese eindeutig, daß trotz der Annahme des Young-Plans die Rassenlage nach wie vor äußerst angespannt bleibe. Zur Ueberwindung des für Ultimo Juni errechneten Fehlbetrages von 273 Millionen Mark sehe er keinen Weg, wenn nicht die Krenger-Anleihe zustande komme.

Als zweiter Redner berichtete der Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat, Dr. Hans Kraemer über die Verhältnisse in der Zündholzindustrie. Gegen den Schwedentrust, der heute auf 2,6 Milliarden Mark geschätzt werde, sei ein Kampf unumgänglich. Die deutsche Produktion sei teilweise noch sehr rückständig.

Die Gesamtzeugung im Jahr betrage 220 000 Normalkisten, in die sich 40 Fabriken teilten. Manche Fabriken hätten nur eine Tageszeugung von einer Kiste. Einschließlich der kaufmännischen Angestellten beschäftigte diese ganze Industrie kaum mehr als 3000 Leute. Der Gesamtzeugungswert sei höchstens 22 Millionen, als ein ganz winziger Ausschnitt aus der deutschen Wirtschaft. 75 v. H. der Zündholzer würden von den Rauchern benutzt, die jährlich 32 Milliarden Zigaretten verbrauchten.

Der Direktor der Reichskreditgesellschaft Dr. Richter äußerte sich vertraulich über die Anleiheverhandlungen.

Aus den evang. Waldensergemeinden in Italien.

Freudvolles und Leidvolles.

Wie „La Luce“, die Waldenserzeitung vom 15. Januar mitteilt, hatten sich auch die Waldenser bei dem großen Trachten-Umzug in Rom am Hochzeitstage des Kronprinzenpaares beteiligt. Es war eine Gruppe von Männern und Frauen in der altüberlieferten Waldensertracht, die besonders bei den Frauen voll Anmut und Würde ist, mit dunklen langen Kleidern, weißen Schürzen, weißen Mützen auf dem tiefgeschwarzen Haar und herabhängenden weißen Bändern. Der Gesamtgruppe der Waldenser wurde eine kleine ergötliche Ziege aus dem Gebirgsstal von St. Martin vorausgeführt, die dem Kronprinzenpaar verehrt werden sollte. Zwei sehr hübsche Aufnahmen in „La Luce“ zeigen die beiden Gruppen. Bei dem Trachtenzug wurden Medaillen verteilt, davon erhielten von den Frauen drei die silberne, eine die bronzene, eine die goldene Medaille, wie auch deren Vater, ein um den Staat verdienter Mann und Waldenserkämpfer, Ribet, die goldene Medaille erhielt.

Neben diesem freudvollen Ereignis wurde die Waldenserkirche von hartem Leid betroffen. Der bedehrende Professor für das alte Testament an der theologischen Fakultät in Rom, Th. Rougo, der auch auf deutschen Universitäten studierte, zugleich verdienter Schriftleiter der Zeitung „La Luce“, starb im 50. Lebensjahre.

An seiner Stelle übernahm Professor Comba zusammen mit dem Waldenserpastor Bosio in Rom die Schriftleitung dieses bedeutenden Organes der Waldensergemeinden, das alle wie ein Band miteinander verbindet.

Verfahr

Der Geschäfts

Der Geschäftsschloß die kommunis Abgeordneten seigungsarbeit polizei. Ferner der kommunisti lena und Ulbr Goebbels mit Verhandlung n stattfindet. D munistischen die Strafverfol gegen gemein hatte in Sach den, an deren Schnapsflasche

Zu haben jetzt ertion, der Chri Arbeit aufer Haushaltsaus dencrip, in der v. Reußell, in den Bild Mumm.

Sinde

Unrichti

Im Zus deshauptleute präsidenten f Außerungen dergegeben w Anlaß gefüh der deutschen hat sich — wi mit der wi Ostprovinzen haupt nicht Der Ne zum Ausdruc schen Orens mes Verkannt ten versuchen durchgreifend

Mar

Veröffentlic

Orkmar ist

Die Lan Grenzmar burg, Nieder nunmehr ihr langler, den Parlamente schrift ist, d lering erneut nis der Ost der Not in

Die Der Notlage des dem Vorwor schweres Los sichtbare Bef bare Last deutsche Vol Osten diejeni lassen, die ei Dagebiete an

In umfa wirtschaftlicher eindringlicher Grenzziehung schaftsliebens kämpfende La Abdrängung steigende Arb das sind die ges, wie ihn des Vaterlan mit unermind zeh zeige feir finanzen ist d der Selbstver müßten. Hier einheitlichen in die die Wiede Osten nicht

Es wird große Bedeu men der der ein Absterben wiegendsten Deutschlands das bevöli provinzen a die schwer u den Ostprov mit altes de gabe im Di der Lage ist.

Im We mehr die U der Orkmar

Die F

Unter einer notwe müssen, wer Erhöht Ankstragen

Verfahren gegen Abgeordnete.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages erteilt seine Zustimmung.

— Berlin, 25. Januar.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages beschloß die sofortige Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Schneller. Gegen den Abgeordneten steht ein Strafverfahren wegen Verletzung der Reichswehr und in der Schutzpolizei. Ferner wurde die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten Kemmele, Maddalena und Ulbricht sowie die des Nationalsozialisten Dr. Goebbels mit der Maßgabe beschlossen, daß die Hauptverhandlung nicht vor der Sommerpause des Reichstages stattfindet. Die Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Kollwitz wurde abgelehnt, die Strafverfolgung des Kommunisten Lippenberger dagegen genehmigt. Unter der Leitung Lippenbergers hatte in Sachsen eine Straßendemonstration stattgefunden, an deren Spitze ein Mann im Mönchsgewand mit Schnapsflasche torkelte.

In den Ausschüssen des Reichstages

haben jetzt erstmals die Mitglieder der jüngsten Fraktion, der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft, ihre Arbeit aufgenommen. Es wurden entsandt, in den Haushaltsausschuss die Abgeordneten Hartwig und Reubell, in den Strafrechtsausschuss Reichsminister a. D. v. Reubell, in den auswärtigen Ausschuss Prof. Goebbels, in den Bildungsausschuss Dr. v. Reubell und Dr. Mumm.

Hindenburg und der Osten.

Unrichtige Wiedergabe der Äußerungen des Reichspräsidenten.

— Berlin, 25. Januar.

Im Zusammenhang mit dem Empfang der Landeshauptleute der preussischen Ostprovinzen beim Reichspräsidenten sind in einem Teil der deutschen Presse Äußerungen des Reichspräsidenten mißverständlich wiedergegeben worden. Die Unterhaltung, die bei diesem Anlaß geführt wurde und eine von den Vertretern der deutschen Ostprovinzen überreichte Denkschrift betraf, hat sich — wie amtlich festgestellt wird — ausschließlich mit der wirtschaftlichen Notlage der deutschen Ostprovinzen beschäftigt und politische Fragen überhaupt nicht berührt.

Der Reichspräsident hat bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, daß er der Notlage des deutschen Ostens und insbesondere Ostpreußens, ein warmes Verständnis entgegenbringe und mit allen Kräften versuchen werde, den bedrängten Ostprovinzen eine durchgreifende Hilfe zuteil werden zu lassen.

Alarmruf der Ostmarken.

Veröffentlichung der Denkschrift. — Das Schicksal der Ostmark ist das Schicksal der deutschen Nation!

— Berlin, 25. Januar.

Die Landeshauptleute der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien veröffentlichten nunmehr ihre dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, den Innenministern und den Präsidenten der Parlamente überreichte Denkschrift. Diese Denkschrift ist, die Aufmerksamkeit der deutschen Bevölkerung erneut auf die noch immer anhaltende Bedrohung der Ostmark zu lenken und Mittel zur Abhilfe der Not in Vorschlag zu bringen.

Die Denkschrift ist ein elementarer Ausdruck der Notlage des deutschen Ostens! Überall, so heißt es in dem Vorwort, habe der deutsche Osten bisher sein schweres Los getragen. Lastete auf dem Westen die sichtbare Befahrung, so auf dem Osten die weniger sichtbare Last schlimmer Wirtschaftsnöte. An das gesamte deutsche Volk richtet sich der Appell, dem deutschen Osten diejenige Beachtung und Hilfe zuteil werden zu lassen, die eine Reorganisation der gesamten deutschen Ostgebiete auf die Dauer gewährleisten.

In umfassenden Darlegungen wird ein Bild von der wirtschaftlichen Lage der Ostprovinzen gegeben und mit eindringlicher Schärfe auf die vernichtenden Folgen der Grenzziehung für die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens hingewiesen. Eine hart um ihre Existenz kämpfende Landwirtschaft, schwer ringende Industrien, eine Abdrängung des Handels von den alten Absatzgebieten, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Abwanderungsziffern, das sind die Symptome eines wirtschaftlichen Niederganges, wie ihn in ähnlichen Ausmaßen kein anderer Teil des Vaterlandes seit dem Kriege durchgemacht hat. Dieser mit unerminderter Strenge fortschreitende Verfallsprozeß zeige seine unheilvollen Auswirkungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Lage der Kommunalfinanzen ist allenthalben so erschüttert, daß die Aufgaben der Selbstverwaltung auf schwerste gefährdet erscheinen müßten. Hier helfend eingzugreifen, sei als das Ziel einer einheitlichen und umfassenden Staatspflege anzusehen, ohne die die Wiederherstellung der Lebensfähigkeit des deutschen Ostens nicht erreicht werden könne.

Es wird ferner überzeugend nachgewiesen, welche große Bedeutung den preussischen Ostprovinzen im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft zukommt und daß ein Absterben dieser Wirtschaftskapazität von den schwerwiegendsten Folgen für die wirtschaftliche Weltgeltung Deutschlands begleitet sein muß. Nicht zuletzt wird das bevölkerungspolitische Problem der Ostprovinzen angeschnitten und die Forderung erhoben, die schwer um ihr Dasein kämpfende Bevölkerung in den Ostprovinzen mit allen Mitteln zu stärken, damit altes deutsches Kulturland seine geschichtliche Aufgabe im Dienste Deutschlands weiter zu erfüllen in der Lage ist.

Im Bewußtsein der Öffentlichkeit müsse sich immer mehr die Überzeugung durchsetzen, daß das Schicksal der Ostmark auch das Schicksal der Nation ist.

Die Forderungen der Ostprovinzen.

Unter den Forderungen, die als Inhalt und Ziel einer notwendigen Staatspflege für den Osten gelten müssen, werden genannt:

Erhaltung des Ostens durch Schaffung neuer Anlaufstellen und Verbindungswegen sowie durch Er-

weiterung des Eisenbahnnetzes. Ausbau der östlichen Wasserstraßen nach der Vollendung des Mittellandkanals. Beseitigung der Wirtschaftserne der Ostprovinzen durch stärkere Verknüpfung der Frachtabläufe für den Osten. Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. Höhere Zuweisung von Mitteln für die Wirtschaftsverbesserungen im deutschen Osten, insbesondere für Meliorationen. Förderung der Bauern und Landarbeiterfiedlung. Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der ostdeutschen Industrie, des Handels und des Handwerks. Zusammenfassung und wesentliche verstärkte Einleitung der Reichs- und Staatsaufträge sowie der Reichsbahn- und Reichsvorkaufträge in die Ostprovinzen.

Im übrigen unterstreicht die Denkschrift noch die Notwendigkeit einer starken Kulturpolitik, ferner wird gefordert: Begünstigung der Kommunen im Finanzausgleich durch fiktive Erhöhung der Einwohnerzahl; Sonderdotierung für die östlichen Provinzialverwaltungen, um sie zu befähigen, die Grenzerreichungsschäden zu heilen und ihren Rückstand in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Entwicklung zu beseitigen; stärkere Berücksichtigung der Ostprovinzen bei der Verteilung der Kraftfahrzeuge; Mehrzuteilung von Hauszinssteuermitteln, insbesondere auch zum Ausgleich der Flüchtlingslast; Gerechte Verteilung der Schullasten.

Die Denkschrift schließt mit den Worten: Wir hoffen zuversichtlich, daß das Vaterland den Ostprovinzen in ihrem Kampf zur Seite stehen wird. Die zur Katastrophe treibende Not der Ostmark fordert eine zielbewusste, einheitliche Staatspflege. In letzter Stunde erheben die Ostprovinzen den Ruf nach Hilfe. Die Gefahr für den deutschen Osten ist groß und nicht mehr aufzuhalten, wenn jetzt nicht schnell und gründlich geholfen wird!

Saardebatte in Preußen.

Kein Preis für Saar-Mitgabe! — Regierungserklärung im Preussischen Landtag. Bei der Beratung des Vertrages.

— Berlin, den 24. Januar 1930.

Der Preussische Landtag verabschiedete heute zunächst die Abänderung des Einführungsgesetzes zum rheinisch-westfälischen Umgemeinungs-Gesetz, wonach der Termin für die Einführung des neuen Ortsgesetzes in den neugebildeten Gemeinden bis zum 1. August 1930 hinausgeschoben wird. Es folgte dann die Beratung des Haushalts der Bergverwaltung, bei der nach kurzen Ausführungen des Ausschussberichterstatters Dr. Roth (Soz.) der preussische Handelsminister Dr. Schreiber die Einführungsrede hielt. Mit begrüßenswerter Deutlichkeit legte Minister Dr. Schreiber bei dieser Gelegenheit nochmals den deutschen Standpunkt in der Saarfrage dar. Allgemeine Zustimmung fand seine Erklärung, daß die Aufrechterhaltung des jetzigen Regimes an der Saar mit einer Politik nationaler Selbstbestimmung und Freiheit sowie mit den Bestrebungen auf Annäherung der Völker nicht mehr vereinbar ist!

Bei der zweiten Lesung des Berghaushalts äußerte sich Handelsminister Dr. Schreiber

zunächst über die Maßnahmen des Ministeriums zur Bekämpfung der Grubenunfälle. Das Jahr 1928 habe bereits eine absolute und relative Senkung der Unfallziffern gebracht. Der Kohlenbergbau habe im Jahre 1929 eine Sonderkonjunktur durchgemacht. Die Gesamtlage der Kohlenindustrie habe sich nicht unwesentlich verbessert. Das treffe insbesondere auch für die staatlichen Gesellschaften zu. Auch die Löhne der Arbeiter hätten eine Aufbesserung erfahren. Der im Interesse beider Länder zu wünschende Handelsvertrag zwischen Deutschland und Polen werde baldverwirklichte dazu führen, daß eine gewisse Menge polnischer Kohle im deutschen Wirtschaftsgebiet Aufnahme finden müsse. Auch bei der

Demnächstigen Einordnung der Saarfrage

in die deutsche Wirtschaft würden die einzelnen deutschen Kohlenreviere Opfer zu bringen haben. Der Minister wies ferner auf die Beschränkung der Reparationskohlentieferungen hin und erklärte, es wäre nach alledem bedenklich, die Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Kohlenbergbaues für die nächste Zeit zu überschätzen. Zum Schluß ging der Minister auf die

Saarfrage ein. Er wies auf die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten hin, nach der Preußen die uneingeschränkte und unbefristete Rückführung des Saarbergbaues in den Staatsbesitz erwarte und erklärte, es könne kein Zweifel daran bestehen, daß Preußen sich bei dieser Forderung im vollen Einklang mit der Reichsregierung befände. Die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Regimes an der Saar sei mit einer Politik nationaler Selbstbestimmung und Freiheit sowie mit den Bestrebungen auf Annäherung der Völker gleich wenig vereinbar. Die preussische Regierung werde jeden Versuch auf das Bereitwilligste unterstützen, die berechtigten Wünsche seines Nachbarn mit denen der Saarbevölkerung in Einklang zu bringen. Es sei aber notwendig, daß eine jede Nichtbeachtung dieser Interessen auf den schärfsten Widerstand aller Beteiligten in Reich, Preußen und Saargebiet stoßen werde. (Stürmischer Beifall.)

In der allgemeinen Aussprache

forderte Abg. Franz (Soz.) Ausbau der Schutz- und Kontrollmaßnahmen. Die preussischen Wirtschaftsexperten hätten sich nicht bewußt, daß der Kohlenbergbau eine gewaltige Produktionssteigerung aufzuweisen.

Abg. Dr. v. Waldhausen (Dnt.) betonte, die Grubenficherheit müsse noch mehr gefördert werden. Praktisch genommen sei im Ruhrkohlengebiet eine Arbeitslosigkeit kaum vorhanden. Das durch den Youngplan vorbelastete Deutschland könne nicht Arbeitsgelegenheiten machen, vor denen die anderen Länder zurückbleiben.

Regierungsvertreter äußerten sich zu den vorliegenden großen Anfragen. Bezüglich der sozialdemokratischen Anfrage über die durch den Braunkohleabbau hervorgerufenen land- und forstwirtschaftlichen Schäden wurde erklärt, daß die Regierung nach Kräften bestrebt sei, Schädigungen zu verhindern. In Beantwortung zweier kommunistischer Anfragen ließ die Regierung erklären, daß ein Zwang zur Überarbeit in den Bergwerksbetrieben nach den Ermittlungen des Ministeriums nicht ausbleibe und Verhandlungen von Arbeitern zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gebracht würden.

Abg. Steeger (Rr.) erklärte, der Optimismus desentrums, der die günstige Entwicklung im Bergbau vorausgesehen habe, sei gerechtfertigt worden. Es behauptet zwar niemand, daß alle Wirtschaftsschwierigkeiten beseitigt seien, doch wäre eine pessimistische Auffassung nicht geeignet, den begonnenen Wiederaufstieg zu untergraben.

Zum Schluß der Sitzung kamen noch die Abg. Sothmann (Komm.) und Wigand (D. Vp.) zu Worte. Der sozialparteiliche Redner begrüßte die Erklärung des Ministers zur Saarfrage und äußerte Befürchtungen für Oberschlesien bei einer Einfuhr polnischer Kohle.

Danach vertagte das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend.

Youngvorlagen bereits fertig.

Einbringung in den Reichsrat. — Parteiführerbesprechung über die Reichsbank.

— Berlin, 25. Januar.

Wie verlautet, sind die Gesetze zur Ausführung des Youngplans bereits soweit fertiggestellt, daß sie dem Reichsrat zugeleitet werden können. Man nimmt an, daß der Reichsrat noch am Montag mit der Beratung der Youngvorlagen beginnt.

Im Reichstag findet am Montag unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Parteiführerbesprechung statt, die sich mit dem neuen Reichsbankgesetz befaßt. An der Besprechung nimmt außer den Fraktionsführern auch je ein Sachverständiger der Fraktionen teil. Die Reichsregierung wird außer durch den Reichskanzler, durch die Minister Dr. Curtius, Dr. Moldenhauer, Dr. Wirth und Schmidt — also durch die Führer der deutschen Abordnung im Haag — vertreten sein.

Mac Garrah Präsident der B33?

Wie die New Yorker Zeitung „Gerald Tribune“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, soll den europäischen Notenbankpräsidenten Gates McGarragh, der Aufsichtsratsvorsitzende der New Yorker Federal Reserve Bank, als einer der beiden von den Vereinigten Staaten zu ernennenden Direktoren und als Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vorgeschlagen worden sein.

McGarrah genießt in Amerika den Ruf eines begabten Finanzmannes; er war auch einige Zeit Mitglied des Generalrats der deutschen Reichsbank.

Politische Rundschau.

— Reichsbankpräsident Dr. Schacht reiste am Freitag in Kopenhagen.

— Wie verlautet, wird die Wahl des Kommunisten Weber zum Oberbürgermeister von Solingen vom preussischen Innenminister nicht bestätigt werden.

Bisher drei Millionen Auszahlungen der Hindenburg-Spende.

— Berlin, 25. Januar. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten trat das Kuratorium der Hindenburg-Spende zu seiner vierten Sitzung zusammen. Nach dem Geschäftsbericht sind bisher 3 Millionen Mark Spenden an Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Veteranen gewährt worden, davon im letzten Jahre eine Million Mark.

Die Beibehaltung des 50prozentigen Vermahlungszwanges für Inlandsweizen. Das Reichskabinett hat dem Antrage des Reichsernährungsministers zugestimmt, wonach der Vermahlungsatz für Inlandsweizen auch für den Monat Februar auf 50 Prozent festgesetzt wird.

Rundschau im Ausland.

Der dänische Reichstag hat das neue Strafgesetzbuch, das die Abschaffung der Todesstrafe enthält, in der Schlussabstimmung fast einstimmig angenommen.

Die Sowjetregierung hat bei einer amerikanischen Firma 1850 Traktoren im Werte von 14 Millionen Mark bestellt.

Im südafrikanischen Parlament erklärte General Herkog, „Südwestafricas Bestimmung sei, in der südafrikanischen Union aufzugehen“.

Eine deutsche Siedlung als Wiege brasilianischer Staatsmänner.

Bei der Jahrhundertfeier der deutschen Einwanderung in Florianópolis wies der deutschstämmige Staatsdeputierte Ronder darauf hin, daß die ältesten deutschen Ansiedlungen in Brasilien die Wiege der Eltern bedeutender brasilianischer Staatsmänner wie des bekannten Außenministers Lauro Müller und des Santa Catharinenfer Staatsgouverneurs Felipe Schmidt gewesen sei.

Verurteilung führender Indier.

Der Präsident und der Sekretär des bengalischen Provinzialkongresses, sowie zehn andere führende Kongreßmitglieder wurden zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Die Anklage lautete auf Aufruhr und Verhöhnung. Die Verurteilten nahmen das Urteil mit Ruhen: „Es lebe die Revolution, nieder mit dem Union Jack!“ an.

Mexiko bricht mit Rußland.

Abberufung der Gesandtschaft aus Moskau. — Protest gegen kommunistische Demonstrationen in Mexiko.

— Moskau, 25. Januar.

Die mexikanische Regierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abgebrochen und der Gesandtschaft in Moskau Anweisung erteilt, unverzüglich Rußland zu verlassen. Der Befehl wurde gegeben als Protest gegen die kommunistischen Demonstrationen, die vor den mexikanischen Botschaften in Washington, Buenos Aires und Rio de Janeiro stattgefunden haben und die die mexikanische Regierung der russischen Regierung zum Vorwurf macht. Ueber die Haltung der mexikanischen Regierung gegenüber den russischen Gesandten in Mexiko ist in der Mitteilung nichts enthalten.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten ist infolgedessen interessant und überraschend, als Mexiko und Rußland lange Jahre hindurch im besten Einvernehmen lebten.

Ein „Sieg“ der Sowjetflotte.

Admiral Galle, der die beiden russischen Kriegsschiffe durch den Bosporus in das Schwarze Meer führte, erhielt ein Telegramm des Oberbefehlshabers der russischen Kriegsschiffe im Baltischen Meer, in dem die Durchfahrt als ein „großer Sieg der Sowjetflotte“ gefeiert wird.

Letzte Meldungen.

Bayern und der Youngplan.

— München, 24. Januar. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat sich am Freitagabend in Begleitung des Landesvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Oberregierungsrat Schäffer, für mehrere Tage nach Berlin begeben, um am Sonntagabend an einer wichtigen Sitzung der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei über den Youngplan und die Haager Abkommen teilzunehmen. Dr. Held wird ferner die Gelegenheit wahrnehmen, Bayern im Reichsrat bei den Verhandlungen über den Youngplan und die Haager Abkommen persönlich zu vertreten.

Reichstagsabgeordneter Straßer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

— Berlin, 25. Januar. Die Strafkammer II des Landgerichts verhandelte die Berufungsfrage gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Straßer. Straßer war in der Vorinstanz wegen öffentlicher Beleidigung und Vergehens gegen das Republikanengesetz zu sechs Monaten Gefängnis und 350 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Unter Abweisung des Strafantrags der Staatsanwaltschaft — 18 Monate Gefängnis — bestätigte das Berufungsgericht die Freiheitsstrafe. Die Geldstrafe wurde auf 600 Mark erhöht.

Die „Monte Cervantes“ gekentert. Der Kapitän vermisst.

— Hamburg, 24. Januar.

Wie der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiff-Fahrtsgesellschaft durch Funkpruch mitgeteilt wurde, ist der „Beagle“-Kanalar in Feuerland gestrandete Motordampfer „Monte Cervantes“ Donnerstagabend gegen 21 Uhr innerhalb kurzer Zeit nach Steuerbord gekentert. Es war kaum Zeit, daß sich die noch an Bord befindlichen Offiziere retten konnten. Kapitän Dreher, der bei dem Untergang des Schiffes auf der Kommando-Brücke war, wird vermisst. Nähere Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Die Korruption.

Seit dem Monat Mai vorigen Jahres kaufte eine Saarbrücker Eisenfirma den täglichen Abfall des Hüttenwerkes „Deutsch-Both“ an Staub und Schlacke aus dem Stahlwerk und zwar zu Preisen von 115 bzw. 35 Franken je Tonne. Seit einigen Tagen war die Direktion benachrichtigt worden, daß zwischen dem Staub und Stahlstücke

verladen würden, wodurch die „Abfälle“ einen Wert

von 380 bis 450 Franken je Tonne besitzen. Eine Untersuchung wurde eingeleitet, und die mit dem Verladen beauftragten Arbeiter gaben zu, auf Befehl ihrer Aufseher in 20 Tonnen fassende Eisenbahnwagen 10 bis 13 Tonnen Guß verladen und diesen Guß alsdann mit Staub zugelegt zu haben.

Im Laufe des letzten Monats haben etwa 300 Tonnen das Werk auf diese Weise verlassen, was einen Verlust von rund 60 000 Franken ausmacht. Wenn man bedenkt, daß die Betrügereien schon seit Mai vorigen Jahres betrieben wurden, so bekommt man ein Bild über die Höhe der Hintergehungen. Drei Personen wurden bereits verhaftet, darunter der Prokurist der Saarbrücker Eisenfirma.

Wenn Schmerzen

Logal

Tabletten

Logal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungskrankheiten.** Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professorennamen, die gute Wirkung des Logal. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis RM. 1,40.

0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sol. ed. 100 Amyl.

Zentra

Dies ist das Zeichen der guten Uhr.

Herrenuhren — Armbanduhren

Große Auswahl in allen Preislagen.

H. Greder, Bielefeld

Gütersloherstr. 14 Fernsprecher 1012

Mutterhaus sucht
1 feingeb., bewußt a. d. Grunde d. Evang.-arbeit stehende
leit. Schwester f. Krankenhaus
mit 120 Betten. Bevorz. w. Bewerberinnen, Mitte 30, die i. d. Mutterh. eintr. Beding. Erfahrung i. sämtl. Geb. d. Krk. Pfl., Wirtsch. Führung, befähigt Schülerinnen auszubilden. Vergüt. zeitgem. Tascheng. u. Altersvers. Meldg. an die Oberin durch die Geschäftsst. des Aufw. unter A 6028.

Gemüse-, Feld- u. Blumenamen

Knochengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumkulturarbeiten: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen.
Nadelgehölze. — Blütenstauben usw.

**Gärtnerei und Samenhandlung
der Anstalt Bethel b. Bielefeld.**

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Mercedes-Benz Omnibus

18 bis 20 Personen
für Ausflüge aller Art
empfehlen
Friedhoff & Koch, Bielefeld
Telefon 5550.

Knoblauchzwiebelkraft

Ist ein hochwertiges Naturmittel und besitzt die Eigenschaft den erhöhten Blutdruck herabzusetzen, daher äußerst wirksam gegen Arterienverhärtung und Hämorrhoiden, gut gegen Magen- und Darmstörungen, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden, Würmer, bei Zucker, Gicht, Rheumatismus und Asthma sehr zu empfehlen. Schon vor 3000 Jahren gebrauchten die orient. Völker den Knoblauch gegen viele Krankheiten und sollte dieses hochwertige Naturmittel deshalb in keiner Familie fehlen. **Preis pro Flasche für ca. 4 Wochen reichend RM. 3,50 franco Nachnahme.**

Otto Radak, Bad Deynhausen 4.

In dem schön gelegenen Luftkurort Falkenberg in der Mark (1 1/2 Stunden von Berlin entfernt) haben wir in reizender Lage ein

Damen-, Alters- und Erholungsheim

eingerrichtet, wo Dauerpensionäre und Erholungsgäste Aufnahme finden können. Das Haus wird von Diakonissen betreut. — Anfragen und Anmeldungen bitten wir an den Hausvorstand des Ev. Diakonissenhauses St. Michael, Berlin-Friedenau, Kaiserallee 121/122 zu richten.

Christliches
Hausmädchen
gesucht, möglichst für 1. Februar.
Angeb. mit Gehaltsanprüchen an
Frau Pfarrer, Böhme,
Leipzig C 1, Dittichring 12

Gesucht
zum 15. Febr. oder 1. März ein
Fräulein oder jungen Mann (als
allein. Angestellte) für ein ländl.
Sägewerk und Holzhandlung in
der Nähe von Bremen. Auf
Wunsch mit Familienanschluß.
Angebote unter A 6080 an die
Geschäftsstelle des Aufw. z.

Zur Führung eines bürgerlichen
Haushalts bei einem älteren Herrn
nebst Tochter wird
ältere Hilfe
gesucht. Angebote vermittelt
Ravensbergische Buchhandlung
Erich Otto in Herford.

Suche junges Mädchen aus
guter Familie (nicht unter 20 J.) als
Haustochter
Größte Zuverlässigkeit und Er-
fahrung in allen Zweigen des
Haushalts Bedingung. Vertrau-
ensposten. Dauerstellung. Mäd-
chen vorhanden. Bewerbungen
mit Lebenslauf an
Frei Frau v. Jäger, Göttingen.

Christlich gesinnter
Mieter
gesucht für eine 3 Zimmerwohnung
mit Küche und Speisekammer.
2 km von Bad Nenndorf am
Deister. Schöne gesunde ruhige
Lage. Elektr. Licht und Wasser-
leitung vorhanden. Angaben unter
A 6074 an die Geschäftsst. d. Bl.

Welt. Mädchen
sucht selbständige Stellung im
Haushalt mit Familienanschluß.
Angebote an die Geschäftsstelle
des „Aufw. z.“ unter A 6081.

Junges Mädchen, 20 Jahre
sucht Stelle zur gründlichen Aus-
bildung im
Haushalt,
schlicht um schlicht. Angebote
vermittelt Ravensbergische
Buchhandlung Erich Otto in
Herford.

Vertrauen
und Verantwortlichkeit bilden die
Grundlage für sicheres, erfolg-
reiches Wirken. In entsprechende
Dauerstellung sucht sich

I. Buchhalter
33 J., verh., ev. Christ, zu ver-
ändern. Angebote an die Ge-
schäftsst. d. Bl. unter A 6081 erbeten.

Kaufmann
23 Jahre alt, gläubig, gesund,
aus der Tabak-, Lebensmittel-
und Gemischtwarenbranche, sucht
mit la. Zeugnissen Stellung oder
Beschäftigung irgendwelcher Art.
Wer von den lieben Geschwistern
hilft? Gefällige Angebote unter
A 6079 an die Geschäftsst. d. Bl.

Honig
Ehe Sie kaufen, fordern Sie bitte unser
Angebot und Gratismuster. Versand
in Postkoll. Gütezeit bedinglos über-
wacht. Beste Bellefleurung verbürgt.
1929 eingegangene 2188 freiwill. Aner-
kennungen und 1921 Nachbestellungen
in 1 Monat.
Großhandlung und Honighandlung
Robert Herberich, Ebersbach 106 (Sa.)

Suche für meinen gutgeleiteten
Etagenhaushalt zum 1. oder 15.
3. eine gebildete, gesunde und
finderliche
Haustochter

nicht unter 20 Jahren, die mich
neben kleinen häuslichen Pflichten
hauptsächlich in der Pflege und
Erziehung meiner zwei Töchter
von 4 1/2 und 2 1/2 Jahren unter-
stützt. Taschengeld und voller
Familienanschluß. Zweite Haus-
tochter fürs Haus und sonstige
Hilfe vorhanden. Angebote mit
Bild und Lebenslauf an
Frau Fabrikant Hans Seidel,
Bielefeld, Gütersloherstr. 92.

Ein gewinnbringendes kaufm.
Unternehmen Badens sucht zur
Abführung einer Hypothek und
Stärkung der Betriebsmittel, bei
angemessenem Zinsfuß (evtl. Ge-
winnbeteiligung)
M. 50 000—100 000
gegen Sicherheit. Angeb. unter
A 6073 an die Geschäftsst. d. Bl.

**Haushaltungsschule
des Elisabethstiftes**
staatlich anerkannt
Oldenburg i. O.
Gründliche theoretische und prak-
tische Anleitung; Erweiterung und
Vertiefung der Allgemeinbildung.
Bedingungen und nähere Aus-
kunft durch die leitende Diakonisse.

**Der
Verband
gläubig. Kaufleute**
wollt seinen Mitgliedern durch
Schriften, Konferenzen und
Ortsgruppenzusammen-
künfte Gelegenheit
geben, die Berufs-
fragen im Lichte
des Wortes
Gottes zu
bespre-
chen
Anmeldungen sind zu richten
an die Geschäftsstelle:
W. Brind, Effen-Bredeneß
Einlagestr. 25.

Villa Charlottenruhe
in Herrenalb (Würt. Schw.)
Eigentum des Bad. Landesvereins
für Innere Mission, unmittelbar am
Walde gelegen, bietet im Herbst
und Winter erholungsbedürftigen
Gästen freundliche Aufnahme. Gute
Verpflegung, Zentralheizung. Tages-
preis bei vier Mahlzeiten mit Be-
dienung und Heizung Mk. 4.— bis
Mk. 5.— Anfragen sind an die
Leitung des Hauses zu richten.

Locarno-Monti
Südschweiz.
Christl. Erholungsheim Tabor.
An der neuen Straße Locarno-
Monte Br. idyllisch, ruhiges
sonniges Heim in klimatisch vor-
züglicher Höhenlage, bietet Ihnen
Erholung an Leib und Seele und
zugleich beste Gelegenheit, die
Schönheiten des Südens kennen
zu lernen. Hausordnung. Auf
Wunsch Diätküche. Eig. Auto;
Prospekt; bescheidene Preise;
das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.

Kyffhäuser-Technikum
Frankenhausen
Ingenieur- und Werkmeister-Abt.
für Maschinen- u. Automobilbau.
Schwach- und Starkstromtechnik.
Abl. Sond.-Abt. f. Landm. u. Flugtech.

Vom neuen Fang
100 Gabelrollmops 5.95 M.
Salzfettheringe
Dauerware, ohne Kopf und
Eingeweide, fast tafelfertig auch
zu Sauerbraten. **Hochfein.** Faß
ca. 120 Stück 5.50 Mk. franko
E. Napp, Altona 357.

Honig
garant. rein. Biene-Blüten-Schleuder-
honig. Qualität, hell, goldklar, unt.
Kontrolle des vereid. Nahrungsmittel-
chemik. Dr. Höfner, Bremen, 10-Pfd.-
Dose 11.50 Mk., 5-Pfd.-Dose 6.65 Mk. frei
Haus unt. Nachn. Garant. Zurück-
nahme gegen Einlieferung von 30 Pfd.
in Marken. Restor a. D. Feindt
& Söhne, Hemelingen 340.

Tilsiter Vollkornkäse
1.20.— pro Pfd.
versendet geg. Nachn. in Postkoll. franko
Friedrich Stotzka
Dampfmolkerei, Jedwillen.
Post Moltzowen, Tilsiter Niederung
Erst prüfen, dann kaufen!

Pianos
Harmoniums
erstklassige und solide
Fabrikate.
Mäßige Preise! Bequeme Teil-
zahlung
Bielefelder Piano- u. Harmonium-Fabg.
Otto Stierstadt
Bielefeld, Arndtstraße 11.
Gegr. 1905. Tel. 3787

Neuererscheinung!
In unserm Verlag ist soeben als 4. Heft der Schriftenreihe
aus der Monatschrift „Beth-El“ erschienen:
Gott allein die Ehre!
Gesammelte Aufsätze von D. Samuel Jaeger. 124 S.
Preis RM. 1.50 und Porto 15 Pfennig.
Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung od. auch direkt von:
Buchhandlung der Anstalt Bethel, Bethel b. Bielefeld
Postfachkonto: Hannover 65093.

In der Schriftenreihe aus der Monatschrift „Beth-El“
sind früher erschienen:
Erstes Heft: **Aus meiner Sprechstunde**
von D. Adolf Schlatter, Professor in Tübingen. 52 Seiten. Preis RM. 1.—
Zweites Heft: **Das Wort Gottes ist lebendig**
12 Betrachtungen und Worte des Hebräerbriefes von Paul
Althaus, Professor in Erlangen. 56 Seiten. Preis RM. 1.—

Drittes Heft: **Wohin?**
Eine Frage an unsere Schule und an unsere Kirche von
D. Adolf Schlatter, Professor in Tübingen. 34 Seiten.
Preis RM. 0.80
Wenn Sie auf diese Schriftenreihe subscribieren, dann er-
mäßigt sich der Preis um 10%, und die neuererscheinenden
Hefte gehen Ihnen sofort nach dem Erscheinen zu.
Bitte nehmen Sie diesen Vorteil wahr und subscribieren Sie
auf die Schriftenreihe aus der Monatschrift „Beth-El“.

Stellengefuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen
Erfolg
Schriftleitung: W. Kros, Wirtschafts- und Volkspolitik: Dr.
H. Hüttel, Angelegen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften
für die Schriftleitung: Bielefeld. Schliefach 28. Für Geld-
sendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christ-
liches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3918, Amt
Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

HARMONIUMS
ERICH OTTO HERFORD
NUR ERSTE FABRIKATE. BEQUEME
ZAHLUNGEN. KATALOGE GRATIS.

Geschwistern empfehle
ich meine hochfeine
**Schleswig-Holsteinische
Meiereifabrikbutter**
Thomas Henningsen,
Butterversandhaus,
Schörderup, Süderbrarup,
Kr. Schleswig Land.
tägl. morgens frisch hergestellt.
Versand in 9,6 und 5 Pfunds-
Postpaketen gegen Nachnahme

EISU-Betten
Schlafzimm., Kinderbett, Stahlmatratz.,
Polster, Chaisel, a. Private, Ratenzhl.
Katal. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

HONIG
neuer Ernte, gar. rein. Blüten-
Schleuder, ohne Zuckerfütterung.
das Allerfeinste, was die lieben
Bienen erzeugen, 10 Pfd.-Dose
Mk. 11.50, 5 Pfd.-Dose Mk. 6.65, frei
Nachnahme, ohne Nebenkosten,
Garant. Rücknahme unter Nachn.
Carl Scheibe,
Oberneuland 92 b. Br.

Käse direkt ab Fabrik
9 Pfd. rote Kugeln 3.95 Mk.
9 Pfd. rote Tafeln 3.95 Mk.
9 Pfd. gelbe Broden 3.95 Mk.
200 Stück speckige Harzer . . . 3.95 Mk.
1 rote Kugel und 100 Harzer . 3.95 Mk.
Ab hier Nachnahme liefert H. Krogmann,
Nortorf (Holst.) 169

Nr. 23.

Einer teilt a
hargt, da er ni

Das
fr

Der „Tempe
gefragt hatte, d
außer allem Ko
ten Gaager Ko
„Herr Tard
Saag zu einem
die Mobilisieru
schäftigen deut
Frage, die für
nung ist die G
des bestekten H
hindern, daß
auf dem Finan
sche Regierung
leibe aufzunehm
gebracht worde
uns voll und g

Der Erfolg
aber dabei zug
ihres guten W
nung bei der U
gelegt haben.
absieht, kann n
ger Verhandlu
wünschen. Die
von einer seit
und von einer
für gebührt ni

Wenn wir
sehen, werden
kündigung, daß
änderliche Lösu
für etwaige M
Das ist sehr w
Richtung unter
morgen auch
plan auszufüh
standen erklär
jeden Monats
der juristischen
für den Fall, d
pöfische Text
deutsch: gerst
Wort, das aus
läßt. Nach die
volle Handlung
Zufolge erteilt,
des Herrn Dr.
ten Aufgaben
pital zur B.G.
gewesen, vollst
hat über alle
tunung erhalten
mente, die geg
politik, die wi
die getrocknete
Deutschland w
bleibt ja) best
der festgesetzte
dient ausschlie
ihren Verpflich

Deutsche W
die „Woffische“
gut abgescrit
sagen, es gäbe
sich erst noch
Band hält.